

11. Punkt

Bericht des Ausschusses für Familie und Jugend über die Regierungsvorlage (353 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird (366 d.B.)

12. Punkt

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie und Jugend über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Begründung von Vorbelastungen durch die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort genehmigt wird und ein Bundesgesetz über eine COVID-19-Investitionsprämie für Unternehmen (Investitionsprämienengesetz – InvPrG) geändert wird (367 d.B.)

13. Punkt

Bericht und Antrag des Ausschusses für Familie und Jugend über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Kinderbetreuungsgeldgesetz geändert wird (368 d.B.)

14. Punkt

Bericht des Ausschusses für Familie und Jugend über den Antrag 600/A(E) der Abgeordneten Edith Mühlberghuber, Kolleginnen und Kollegen betreffend Verdoppelung der Familienbeihilfe in Monaten mit coronabedingter Schulschließung (369 d.B.)

Präsidentin Doris Bures: Wir kommen nun zu den Punkten 11 bis 14 der Tagesordnung, über welche die Debatten unter einem durchgeführt werden.

Auf eine mündliche Berichterstattung wurde verzichtet.

Frau Abgeordnete Edith Mühlberghuber ist die erste Rednerin. – Bitte, Frau Abgeordnete.